Europäisches Parlament

2019-2024



Ausschuss für internationalen Handel

2018/0356(NLE)

11.10.2019

ENTWURF EINER EMPFEHLUNG

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (06050/2019 – C9-0023/2019 – 2018/0356(NLE))

Ausschuss für internationalen Handel

Berichterstatter: Jan Zahradil

PR\1190474DE.docx PE642.857v01-00

Erklärung der benutzten Zeichen

Anhörungsverfahren

Zustimmungsverfahren

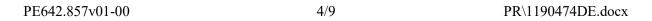
Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung)

***III Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung)

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Rahmen des Entwurfs eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG	6



ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (06050/2019 – C9-023/2019 – 2018/0356(NLE))

(Zustimmung)

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf den Entwurf eines Beschlusses des Rates (06050/2019),
- unter Hinweis auf den Entwurf eines Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam (00000/2019),
- unter Hinweis auf das vom Rat gemäß Artikel 91 Absatz 1, Artikel 100 Absatz 2,
 Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1, Artikel 218 Absatz 6 Unterabsatz 2 Buchstabe a
 Ziffer v und Artikel 218 Absatz 7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen
 Union unterbreitete Ersuchen um Zustimmung (C9-0023/2019),
- unter Hinweis auf seine nichtlegislative Entschließung vom ...¹ zu dem Entwurf eines Beschlusses,
- gestützt auf Artikel 105 Absätze 1 und 4 und Artikel 114 Absatz 7 seiner Geschäftsordnung,
- unter Hinweis auf die Empfehlung des Ausschusses f
 ür internationalen Handel (A9-0000/2019),
- 1. gibt seine Zustimmung zu dem Abschluss des Abkommens;
- 2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Sozialistischen Republik Vietnam zu übermitteln.

¹ Angenommene Texte von diesem Datum, P8 TA(0000)0000.

BEGRÜNDUNG

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam ist das umfassendste und ambitionierteste Abkommen dieser Art, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde. Es handelt sich dabei um ein ambitioniertes Modell für die EU-Handelspolitik gegenüber den Schwellenländern, ein Modell, über das wir als gleichberechtigte Partner verhandelt haben, mit einer gemeinsamen Agenda, gemeinsamen Werten und dem Ziel, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, Armut zu bekämpfen und Strukturreformen zu verfestigen. Es ist ein Modell, mit dem wir eine für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft anstreben.

Die EU und Vietnam haben im Dezember 2015 nach mehr als dreijährigen Verhandlungen Handels- und Investitionsabkommen geschlossen. Anschließend dauerte die rechtliche Überprüfung des Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam weitere zweieinhalb Jahre. Beide Seiten einigten sich schließlich im Juni 2018 auf die endgültige Fassung. Am 17. Oktober 2018 hat die Kommission dem Ministerrat dieses Abkommen zur Genehmigung und Ratifizierung durch das Europäische Parlament übermittelt2. Das Abkommen wurde am 30. Juni 2019 in Hanoi unterzeichnet, und das Ersuchen des Rates um Zustimmung wurde am 15. Juli 2019 in der Plenarsitzung des Parlaments bekannt gegeben.

Das Verhandlungsergebnis ist ein Abkommen, das aus den zwei Teilen Handel und Investitionen besteht, wobei man sich an der neuen Struktur der EU-Freihandelsabkommen auf der Grundlage der Stellungnahme Nr. 2/15 des EuGH vom 16. Mai 2017 zu dem Freihandelsabkommen mit Singapur orientiert hatte.

Vietnam ist eine boomende, wettbewerbsfähige und vernetzte Wirtschaft mit fast 100 Millionen Bürgern, einer wachsenden Mittelschicht und einer jungen und dynamischen Erwerbsbevölkerung. Vietnam ist außerdem eines der am schnellsten wachsenden ASEAN-Länder mit einer durchschnittlichen BIP-Wachstumsrate von etwa 6,51 % im Zeitraum von 2000 bis 2018. Das Land hat auch eine der offensten Volkswirtschaften der Region und begrüßt einen offenen Handel.

Mit dem Freihandelsabkommen werden für beide Seiten neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen, z. B. durch erhebliche Senkungen der Zölle auf EU-Erzeugnisse (darunter Automobile, Autoteile, Maschinen und Geflügel), und gleichzeitig besonders sensible Wirtschaftszweige geschützt.

Die EU ist derzeit nach China Vietnams größter Handelspartner und nach den USA der zweitgrößte Ausfuhrmarkt. Die Ausfuhren der EU in das Land sind in den letzten zehn Jahren jährlich um durchschnittlich 5 bis 7 % gestiegen. Das Handelsdefizit der EU gegenüber

² Vietnam wird nach dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems weitere zwei Jahre Handelspräferenzen beim Handel mit der EU genießen, oder sogar noch länger, wenn die ausgehandelten Sätze höher sind als der APS-Satz.

Vietnam ist jedoch relativ hoch und belief sich 2018 auf 27 Mrd. EUR.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam beinhaltet Verpflichtungen, die grundlegenden Rechte der Menschen am Arbeitsplatz, ihre Menschenrechte im weiteren Sinne und die Umwelt zu schützen. Es soll instrumental für die Entwicklung und den sozialen Fortschritt in Vietnam sein und Vietnam bei seinen Bemühungen um Wachstum und Entwicklung seiner Wirtschaft zugunsten seiner gesamten Bevölkerung unterstützen.

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam enthält ein umfassendes und verbindliches Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, das sich mit Arbeits- und Umweltfragen befasst. Die Vertragsparteien haben sich in dem Abkommen dazu verpflichtet, die von ihnen ratifizierten grundlegenden Übereinkommen der IAO wirksam umzusetzen und in ihren Bemühungen um die Ratifizierung der grundlegenden Übereinkommen der IAO, die sie noch nicht ratifiziert haben, nicht nachzulassen, wozu insbesondere Nr. 105 und Nr. 87 gehören, für die Vietnam am 14. Juni 2019 Ratifizierungsziele vorgelegt hat.

Für den Fall, dass die Bestimmungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung nicht eingehalten werden, sieht das Abkommen einen Mechanismus zur Streitbeilegung vor, der die Regierungen, eine unabhängige Sachverständigengruppe und zivilgesellschaftliche Gruppen umfasst. Der Zivilgesellschaft kommt eine entscheidende Aufgabe zu, wenn es darum geht, die Umsetzung der Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung zu überwachen. Im Abkommen ist insbesondere die Einrichtung interner Beratergruppen vorgesehen, die sich aus Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Wirtschaftsverbänden zusammensetzen und den Vertragsparteien Empfehlungen zur Umsetzung dieser Bestimmungen unterbreiten können. Nach Inkrafttreten des Abkommens sind diese Beratungsgruppen zügig einzurichten.

Mit dem Abkommen verpflichten sich die beiden Vertragsparteien des Weiteren zur Umsetzung internationaler Umweltvereinbarungen wie des Übereinkommens von Paris, zu Maßnahmen zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung der Tier- und Pflanzenwelt, der biologischen Vielfalt, der Forstwirtschaft und der Fischerei sowie zur Einbindung der Zivilgesellschaft in die Überwachung der Umsetzung dieser Verpflichtungen auf beiden Seiten.

Dies sind die wichtigsten Elemente des Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam:

- Mit dem Inkrafttreten werden 65 % der EU-Ausfuhren nach Vietnam umgehend zollfrei sein, und der Rest wird mit wenigen Ausnahmen nach zehn Jahren liberalisiert. Die EU wird 71 % ihrer Einfuhren bei Inkrafttreten liberalisieren, und 99 % werden nach sieben Jahren zollfrei eingeführt werden können. Die Zölle werden schrittweise mit Übergangsfristen abgebaut, sodass die Erzeuger Zeit für Anpassungsmaßnahmen haben.
- Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam enthält ein Verbot der unterschiedlichen Behandlung von eingeführten und im Inland hergestellten Waren, und außerdem sind gemäß den WTO-Regeln Verbote oder Beschränkungen für die Einfuhr von Waren untersagt.
- Staatliche Handelsunternehmen sind zulässig, müssen aber die WTO-Regeln einhalten.

- Wiederaufgearbeitete Waren werden genauso behandelt wie neue Waren.
- Die Einführung und Beibehaltung von Ausfuhrsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die von den einführenden Vertragsparteien jeweils liberalisiert wurden, ist verboten.
- Vietnam akzeptiert die **Ursprungskennzeichnung "Made in EU"** für nichtlandwirtschaftliche Güter (mit Ausnahme von Arzneimitteln). Auch die Ursprungskennzeichnungen, die sich auf die Mitgliedstaaten der EU beziehen, werden weiterhin akzeptiert.
- Die Ursprungsregeln des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Vietnam orientieren sich am Ansatz der EU, und ihre Hauptmerkmale sind dieselben wie die der Ursprungsregeln des APS der EU, enthalten jedoch eine Reihe von Beschränkungen, die den besonderen Gegebenheiten beider Vertragsparteien Rechnung tragen.
- Die Bestimmungen zum Abbau von **Handelshemmnissen** gehen über die WTO-Verpflichtungen hinaus.
- Vietnam verpflichtet sich, für gleichartige Erzeugnisse aus allen Mitgliedstaaten der EU dieselben Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit zu stellen. Die spezifische amtliche Anerkennung des Gesundheitszustandes durch die Vertragsparteien, wie er von internationalen Organisationen wie der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) für bestimmte Krankheiten von Tieren akzeptiert wird, ist innovativ und wird dazu beitragen, Hindernisse in Vietnam im Zusammenhang mit BSE zu beseitigen.
- Rechte des geistigen Eigentums: Vietnam wird den Internetverträgen der WIPO (Zugang zu und Nutzung von kreativem Schaffen im Internet oder anderen digitalen Netzen) beitreten. Autoren, Rundfunkanstalten, ausübende Künstler und Produzenten erhalten zusätzliche Rechte wie das Vervielfältigungsrecht, das Recht der Verbreitung oder das Recht auf öffentliche Wiedergabe. Vietnam wird die WIPO-Empfehlung zum Schutz notorisch bekannter Marken anwenden. Vietnam hat sich verpflichtet, die Schutzdauer für Geschmacksmuster auf 15 Jahre zu verlängern. Der Datenschutz für Arzneimittel (einschließlich Biologika) und agrochemische Erzeugnisse wurde auf fünf Jahre festgelegt. Die Vertragsparteien schützen Sortenschutzrechte.
- Auf dem vietnamesischen Markt werden 169 europäische geografische Angaben (GI)
 in vergleichbarem Maße wie durch EU-Rechtsvorschriften anerkannt und geschützt.
 Auch 39 geografische Angaben aus Vietnam werden in der EU als solche anerkannt und
 geschützt.
- Der Handel mit Dienstleistungen macht 40 % des BIP in Vietnam aus. Mit diesem Abkommen geht Vietnam über seine WTO-Verpflichtungen hinaus, ermöglicht einen besseren Zugang in mehreren Teilsektoren (z. B. Dienstleistungen der Bau- und Stadtplanung) und öffnet seinen Markt in Branchen wie Gebäudereinigung, Verpackung und Messen. Im Bereich der Hochschulbildung lässt Vietnam nun zum ersten Mal grenzüberschreitende Dienstleistungen zu. Im Bereich der Finanzdienstleistungen und Wertpapiere hat sich Vietnam zum Marktzugang und zur Inländerbehandlung verpflichtet. Vietnam hat seinen Markt sowohl für Kurier- als auch Postdienstleistungen

mit Ausnahme des Universaldienstes und der reservierten Dienste geöffnet.

- Mit dem Freihandelsabkommen wird eine Reihe von Vorschriften zum elektronischen Geschäftsverkehr, darunter das Verbot von Zöllen auf elektronische Übertragungen, gefördert.
- Vietnam und die EU haben sich im Einklang mit den Bestimmungen des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) der WTO auf Regeln geeinigt. Dies ist insbesondere deshalb von Interesse, da Vietnam dem Übereinkommen noch nicht beigetreten ist. Im Kapitel zum öffentlichen Beschaffungswesen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Vietnam wird ein Maß an Transparenz und Verfahrensgerechtigkeit erreicht, das mit anderen Freihandelsabkommen vergleichbar ist, die die EU mit Industrieländern und weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern unterzeichnet hat.

Schlussfolgerung

Das Abkommen ist ein wichtiges Sprungbrett in Richtung des letztendlichen Ziels der EU, d. h. dem Abschluss eines interregionalen Freihandelsabkommens mit den ASEAN-Ländern. Neben ähnlichen Abkommen mit Singapur und Japan stärkt es die Beziehungen der EU zu Asien in einer Zeit, in der ein multilateraler, regelbasierter Handel in Frage gestellt wird. Es ist ein starkes Signal gegen protektionistische Tendenzen.

Durch das Handelsabkommen zwischen der EU und Vietnam werden mehr als 99 % aller Zölle abgeschafft. Es wird mehr europäische Unternehmen dazu ermutigen, in Vietnam präsent zu sein, und den Zugang vietnamesischer Unternehmen zum EU-Markt verbessern.

Es handelt sich um ein hochwertiges Abkommen auf der Grundlage von Werten. Mit dem Kapitel zu Handel und Entwicklung ist das Handelsabkommen auch ein wichtiges Instrument, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort sowie die sozialen und ökologischen Bedingungen zu verbessern. Mit all seinen Zusagen und den konkreten Schritten der vietnamesischen Behörden dient das Handelsabkommen bereits jetzt dazu, die Arbeits- und Umweltstandards Vietnams auf das internationale Niveau bzw. das der EU zu heben. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens wird die EU über mehr Möglichkeiten als bisher verfügen, bei den Menschenrechten und Umweltfragen auf Vietnam einzuwirken.

Es wird daher die Zustimmung zu dem Abkommen empfohlen.